
Zweiter Tag des siebenundzwanzigsten Treffens
MC(27) Journal, Punkt 7 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 4/20
BESTELLUNG DER OSZE-BEAUFTRAGTEN FÜR
MEDIENFREIHEIT**

Der Ministerrat, –

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 193 des Ständigen Rates vom 5. November 1997 über die Einsetzung eines OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass die Beauftragte für Medienfreiheit ihre Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat des/der Beauftragten für Medienfreiheit wahrnimmt, –

beschließt, Teresa Ribeiro für einen Zeitraum von drei Jahren beginnend mit 4. Dezember 2020 zur Beauftragten für Medienfreiheit zu bestellen.

1 Enthält Änderungen der deutschen Übersetzung, die im Zuge des offiziellen Sprachenabgleichs am 5. Februar 2021 vorgenommen wurden.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit möchten die Vereinigten Staaten die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die Bestellung von Maria Teresa Ribeiro. Wir stehen voll und ganz hinter der Autonomie der Beauftragten für Medienfreiheit und unterstützen ihre Arbeit.

Bedauerlicherweise wird seit einigen Jahren von einigen Teilnehmerstaaten dahingehend Druck ausgeübt, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zu beschneiden. Nichts in diesem Beschluss kann im Sinne einer Schmälerung der Autonomie des oder der Beauftragten für Medienfreiheit oder einer Einschränkung seiner oder ihrer Tätigkeit in Ausübung des Mandats ausgelegt werden.

Abschließend möchten die Vereinigten Staaten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die unsere Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse verabschiedet haben, und daher in erster Linie sie für deren Umsetzung verantwortlich sind.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.“

MC.DEC/4/20/Corr.1
4 December 2020
Attachment 2

GERMAN
Original: RUSSIAN

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem wir uns dem Konsens zum Beschluss der Außenminister der OSZE über die Bestellung von Maria Teresa Ribero zur OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit angeschlossen haben, möchten wir Folgendes zu Protokoll geben.

Wir sind darüber erfreut, dass die Teilnehmerstaaten erstmals in der Geschichte der Organisation Beschlüsse verabschiedet haben, die eine geografisch ausgewogenere Vertretung auf der Führungsebene der Durchführungsorgane der OSZE zur Folge haben. Dies steht vollauf im Einklang mit den Grundprinzipien der Arbeit unserer Organisation und ihren Verfahrensregeln, die allen Teilnehmerstaaten Gleichberechtigung und gleiche Chancen auf Beteiligung an der Führung des Sekretariats, seiner Hauptabteilungen und der Institutionen einräumen. Wir sehen dies als ersten Schritt zu einem gerechten und ausgewogenen geografischen Verhältnis in der Personalstruktur der Organisation.

Wir erwarten, dass sich die neue Beauftragte für Medienfreiheit auf ausgewogene und unparteiische Weise und im Einklang mit ihrem Mandat vom Schutz der Interessen der gesamten Medienbranche im OSZE-Raum leiten lassen wird.

Wir fordern Frau Ribeiro auf, Pressefreiheit und Pluralismus zu fördern, auf Verletzungen der Pressefreiheit in allen OSZE-Teilnehmerstaaten gleichermaßen einzugehen, sich besonders für die Gewährleistung sicherer Arbeitsbedingungen für Journalisten einzusetzen und der Bekämpfung der Zensur, einschließlich im Internet, die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Wir gehen davon aus, dass die Beauftragte für Medienfreiheit weiterhin ihr Augenmerk auf das aktuelle Thema des Informationszugangs richten wird – insbesondere im Lichte der systematischen Versuche, diesen Zugang unter dem Vorwand, Propaganda zu bekämpfen, einzuschränken. Wir erwarten, dass sie die notwendigen Kontakte mit den Medien und Berufsverbänden von Journalisten herstellen wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal des Ministerrats aufzunehmen.“